

COVID-19

Pas de dénonciation obligatoire pour les fonctionnaires

Écrit par Nicolas Léonard

Le projet de loi prévoyant un renforcement des restrictions pour lutter contre la pandémie prévoyait de demander aux agents de l'État de dénoncer les infractions à l'isolement ou à la quarantaine. Face au tollé, l'article a été reporté sine die.

La crise sanitaire ne laisse aucun répit et il faut légiférer au pas de charge. Mais les députés et les «corps intermédiaires» restent évidemment très attentifs à tous les textes proposés.

Le projet de loi 7728, qui prévoit de nouvelles mesures et un renforcement d'autres, sera examiné et voté ce jeudi. Il a été cependant éreinté par différentes critiques. Et notamment concernant l'article prévoyant que les agents de l'État auraient à dénoncer au procureur d'État les infractions à la quarantaine ou à l'isolement. Le CSV et la CGFP ont critiqué la mesure, le Syprolux faisant même une comparaison avec l'époque nazie. Même étonnement dans le chef de la Commission consultative des droits de l'Homme qui, dans son rapport du 23 décembre, écrit: «La CCDH exprime son inquiétude par rapport au bien-fondé et à la proportionnalité de cette mesure, d'autant plus qu'en cas d'urgence, ces agents risquent de s'exposer à des sanctions disciplinaires.»

Finalement, cet article a été retiré et «la discussion devrait se poursuivre une fois que le Conseil d'État aura avisé cette disposition».

La CCDH et les députés de la commission de la santé ont aussi pointé d'autres sujets d'interrogation, notamment le couvre-feu, dont l'heure est avancée, ou le traitement des données à caractère personnel.

Pour sa part, le Conseil d'État s'est aussi étonné de la pertinence de ramener l'heure du couvre-feu à 21h et «peut marquer son accord avec la suppression de l'article». De même, les Sages se demandent pourquoi la pratique sportive est limitée à deux personnes en extérieur alors que les autres rassemblements de quatre personnes sont autorisés.

Néanmoins, le Conseil d'État n'a vu aucune opposition formelle dans le texte.



**Commission consultative des Droits de l'Homme
du Grand-Duché de Luxembourg**

Avis

sur

le projet de loi n°7738 modifiant

**1° la loi modifiée du 17 juillet 2020 portant introduction d'une série
de mesures de lutte contre la pandémie Covid-19**

**2° la loi du 19 décembre 2020 ayant pour objet la mise en place
d'une contribution temporaire de l'Etat aux coûts non couverts de
certaines entreprises**

3° la loi modifiée du 4 juillet 2008 sur la jeunesse

Avis 14/2020

Avis de la CCDH sur les nouvelles mesures Covid de Paperjam_redaction

Auf den allerletzten Drücker

Staatsrat heißt neue Corona-Maßnahmen trotz einiger Bedenken gut – Parlament stimmt heute über den Entwurf ab

Von Dani Schumacher

Einen formellen Einwand spricht er nicht aus, dennoch äußert der Staatsrat in seinem Gutachten zum neuen Covid-Gesetz an gleich mehreren Stellen Bedenken. Die Hohe Körperschaft kritisiert einmal mehr, dass angesichts der gebotenen Eile kaum Zeit blieb, um ein fundiertes Gutachten auszuarbeiten, ein Vorwurf, dem sich die Commission consultative des droits de l'Homme (CCDH) anschließt.

Die Menschenrechtskommission wundert sich zudem, weshalb die Regierung die Zügel gerade jetzt anzieht. Am 15. Dezember, als die aktuellen Maßnahmen verlängert wurden, sei die Situation nicht viel anders gewesen, heißt es in ihrem Gutachten. Nicht ganz logisch sei auch, dass die Regierung die neuen Maßnahmen mit den an den Weihnachtsfeiertagen zu erwartenden höheren Kontakten begründet, dass das Gesetz aber erst am 26. Dezember in Kraft treten soll.

Es bleibt bei 21 Uhr

Die verlängerte Ausgangssperre stößt sowohl beim Staatsrat als auch bei der Menschenrechtskommission auf Unverständnis. Da wegen der restriktiven Maßnahmen am Abend kaum noch Aktivitäten möglich sind, erschließt sich der Hohen Körperschaft der Sinn der Verlängerung nicht. Dennoch gibt sie ihre Zustimmung. Die CCDH

vermisst ihrerseits einen wissenschaftlichen Beleg, dass die Ausgangssperre in der Tat zur Reduzierung der Neuinfektionen beigetragen hat.

Der Gesundheitsausschuss hält trotz der Einwände an dem um zwei Stunden verlängerten couvre-feu fest. Dies bestätigte der Präsident der Kommission, Mars Di Bartolomeo (LSAP), gestern nach der Sitzung auf Nachfrage.

Dass Staatsbeamte verpflichtet werden sollen, Verstöße gegen die Quarantäne oder die Isolierung bei der Staatsanwaltschaft zu melden, diese Regelung bereitet dem Staatsrat regelrecht Bauchschmerzen. Daher schlägt die Hohe Körperschaft vor, den Artikel ersatzlos zu streichen. Sollte die Regel beibehalten werden, müsse sie zumindest präziser formuliert werden, so die Forderung. Die CCDH lehnt die Maßnahme ebenfalls als überzogen und unverhältnismäßig ab.

Auch im Gesundheitsausschuss war bei der Vorstellung des Gesetzentwurfs quer durch die Fraktionen Kritik an dem Vorhaben laut geworden. Wie Di Bartolomeo gestern erklärte, macht sich die Kommission deshalb den Vorschlag des Staatsrats zu eigen und streicht die Passage aus dem Text. Die Entscheidung fiel einstimmig. Auch die Beamtenengewerkschaft CGFP und der Syprolux hatten die geplante Regelung heftig kriti-

siert.

Datenschutz

Der Staatsrat moniert ferner, dass die Daten der Personen, die sich impfen lassen, 20 Jahre lang gespeichert werden sollen. Die Zeitspanne sei zu großzügig bemessen, meinen die Räte und schlagen eine Frist von zehn Jahren vor, so wie sie auch für andere gesundheitsrelevanten Daten gilt. Zudem sollte die Regierung darüber nachdenken, ob es nicht sinnvoller sei, wenn die Daten in der persönlichen Krankenakte vermerkt wären. Die Menschenrechtskommission teilt diese Überlegungen, ihr erscheint die Frist von 20 Jahren ebenfalls als zu lang.

Auch der Gesundheitsausschuss hegt Zweifel. Zwar hält er an der Regelung fest, allerdings er fordert er die Regierung auf, die Maßnahme bei nächster Gelegenheit zu überprüfen.

Kritisch sieht der Staatsrat auch das geplante Alkoholverbot in der Öffentlichkeit. Dabei geht es weniger um das Verbot an sich. Vielmehr würde er sich eine genauere Definition des Begriffs „espaces publics“ wünschen. Geschieht dies nicht, stelle sich die Frage nach dem Sinn der Maßnahme. Die Mitglieder des Gesundheitsausschusses wollen trotzdem nichts an der betreffenden Textpassage ändern.

Eine Frage des Termins

Der Staatsrat findet es befremd-

lich, dass die Geschäfte nur bis zum 11. Januar geschlossen bleiben, dass die Cafés und Restaurants hingegen bis zum 15. Januar warten müssen, ehe sie ihre Türen wieder öffnen dürfen. Ein einheitliches Datum wäre besser, so die Räte in dem gestern veröffentlichten Gutachten. Der Gesundheitsausschuss hält allerdings an den zwei Terminen fest. Da das Gesetz ohnehin bis spätestens zum 11. Januar angepasst beziehungsweise verlängert werden muss, muss Gesundheitsministerin Paulette Lenert (LSAP) bereits in der ersten Januar-Woche einen neuen Text präsentieren. Die Terminfrage könne man zu dem Zeitpunkt klären, betont Di Bartolomeo.

Wie einige Abgeordnete moniert auch die Hohe Körperschaft die Inkohärenz einzelner Regeln. Es sei nicht nachvollziehbar, dass sich zwar vier Personen draußen treffen dürfen, dass aber nur zwei Personen zusammen einer Freizeitaktivität nachgehen dürfen. Mit der Anhebung der Bußgelder, die bei Missachtung der Corona-Regeln fällig werden, hat der Staatsrat indes keine Probleme.

Das Parlament kommt heute am späten Vormittag zusammen, um über den Gesetzentwurf abzustimmen. Das Gesetz tritt am 26. Dezember in Kraft. Das aktuelle Gesetz war erst am 15. Dezember verlängert worden.

Positive Entwicklung

Die Zahl der Neuinfektionen ist weiter rückläufig. Zwischen dem 14. und dem 20. Dezember registrierte die Santé 2 681 neue Corona-Fälle, gegenüber 3 422 in der Woche davor. Die Inzidenz pro 100 000 Einwohner sank von 546,55 auf 428,20. Dabei wurde in der vergangenen Wo-

che mehr Tests durchgeführt, und zwar 78 271 gegenüber 70 300 in der Vorwoche. Wie das Gesundheitsministerium in seinem Wochenbericht weiter mitteilt, lag der Reproduktionswert vergangene Woche unverändert bei 0,87, die Positivrate bei den Tests ging von 4,87 auf 3,43 Pro-

zent zurück. Zwischen dem 14. und dem 20. Dezember haben 38 Personen die Corona-Infektion nicht überlebt, in der Vorwoche waren es 44. Das Durchschnittsalter der Opfer betrug 83 Jahre. 181 (173) Patienten mussten in der vergangenen Woche stationär im Krankenhaus behandelt werden, 43 (47) lagen auf der Intensivstation. DS

Im Eiltempo

Parlament wird heute Vormittag über neue Covid-Bestimmungen abstimmen

LUXEMBURG Vor der für heute ab 11.00 angesetzten Sitzung mit der Abstimmung über Verschärfungen der Maßnahmen zur Eindämmung der Covid-19-Pandemie befassten sich Abgeordneten gestern erneut mit der Gesetzesvorlage im Ausschuss. Auch für heute morgen ist noch eine Sitzung der Gesundheitskommission geplant. Eine umstrittene Bestimmung wird es indes nicht in den finalen Text schaffen, die „Einführung einer Denunziationspflicht für alle Staats und Gemeindeangestellten“, wie „déi Lénk“ gestern festhielt. Der Staatsrat hatte in seinem Gutachten hinter diesen wie auch andere Punkte Fragezeichen gesetzt. Auch die beratende Menschenrechtskommission hatte sich an der spezifischen Bestimmung gestört und zeigte sich besorgt über die Fundiertheit und Verhältnismäßigkeit der Maßnahme. Wenig kohärent findet die CCDH in ihrem Gutachten indes die Schließung aller kultureller Einrich-

tungen, während religiöse Aktivitäten weiterhin erlaubt seien. Zwischen den verschiedenen Grundrechten dürfe die Regierung nicht diskriminieren, moniert die Kommission.

Mangelnde Verhältnismäßigkeit

Für die linke Oppositionspartei tragen die verschärften Corona-Bestimmungen eine „autoritäre“ Handschrift durch die Ausweitung der Ausgangssperre und eine Erhöhung der Bußgelder. „déi Lénk“ bekennen sich zur Notwendigkeit harter Maßnahmen in harten Zeiten, aber nur wenn sie verhältnismäßig sind, anhand von Fakten begründet und vom Volk getragen werden können“, heißt es in einer Mitteilung. Premierminister Xavier Bettel und Gesundheitsministerin Paulette Lerner hatten die Verschärfungen erst am Montag mitgeteilt. Ziel ist es, die Rate der Neuinfektionen schneller zu reduzieren, als dies durch die geltenden Bestimmungen der Fall ist.

So werden Geschäfte, die ausschließlich als „nicht essentiell“ eingestufte Waren verkaufen, ihre Türen schließen müssen. Eingeführt wird auch ein Verbot, im Freien alkoholische Getränke zu verzehren. Sport- und Freizeitaktivitäten sollen indes auf zwei Personen beschränkt werden.

Heute Morgen wollen die Abgeordneten indes weitere Informationen von Bildungsminister Claude Meisch (DP) über die Organisation des Unterrichts auf Distanz in der Woche nach den Weihnachtsferien erhalten.

Die Stadt Luxemburg teilt indes mit, dass der Hauptbereich des Parkplatzes vor der Victor Hugo-Halle ab Montag dem Personal des Impfzentrums und Impfpatienten vorbehalten sein wird. Ein Parkverbot gilt ab diesem Sonntag, 14.00. Verschiedene Parkplätze, etwa für Menschen mit eingeschränkter Mobilität oder Car-sharing, bleiben weiterhin für die Öffentlichkeit zugänglich. LJ

L'obligation de délation sort de la loi Covid

L'avis du Conseil d'État sur les mesures anti-Covid ne comporte aucune opposition formelle, mais condamne le principe de délation, finalement abandonné.

De notre journaliste
Geneviève Montaigu

Les lois Covid se suivent et se ressemblent par leur rapidité à traverser les tuyaux. Une procédure ultraécourtée ne permet pas d'aviser un texte en profondeur, mais une rapide lecture et des explications complémentaires aboutissent quand même à une critique qui porte ses fruits. Des articles du projet de loi énumérant les nouvelles restrictions dues à la pandémie seront rediscutés et celui édictant l'obligation de dénonciation du non-respect de l'isolement ou de la quarantaine pour les agents publics a d'ores et déjà été retiré par les députés réunis en commission Santé mercredi après-midi.

En juillet 2020, le Premier ministre, Xavier Bettel, déclarait qu'il ne voulait pas d'un État de délation, il était donc surprenant de retrouver dans les nouvelles mesures l'obligation pour tout fonctionnaire, salarié ou agent chargé d'une mission de service public de dénoncer des infractions liées aux mesures d'isolement et de quarantaine.

La présidente du syndicat transport Syprolux, Mylène Bianchy, s'est émue d'une telle mesure et juge sévèrement le gouvernement qui a osé encourager la délation. Le Conseil d'État, dans son avis, s'arrête aussi sur cet article et s'interroge sur «le risque d'une incohérence introduite dans le système répressif luxembourgeois et sur l'impact d'un dispositif de ce type sur le respect des règles de confidentialité et de secret profession-

nel».

Le Conseil d'État craint surtout que le climat de confiance entre la cellule de retraçage, donc le ministère de la Santé, et les personnes testées positives soit mis à mal par une telle disposition. La Haute Corporation suggère d'abandonner cette obligation de délation et c'est aussi ce qu'ont décidé les députés.

Autre critique relevée dans l'avis rendu mercredi à la mi-journée, celle du dispositif du couvre-feu qui risque de sauter également. Avancé à 21 h au lieu de 23 h à compter du 26 décembre, ce couvre-feu serait «un moyen efficace pour contribuer à diminuer le taux d'infection dû au virus», selon les explications de la ministre Paulette Lenert, qui s'appuie sur les expériences des pays voisins. Les auteurs de l'avis s'interrogent sur la nécessité d'une telle modification alors que d'autres mesures restrictives ont déjà été proposées. Là, aussi, le Conseil d'État suggère de laisser tomber l'idée d'un couvre-feu plus sévère. La Commission consultative des droits de l'homme (CCDH), dans son avis rendu mercredi également, partage les mêmes vues.

Des mesures justifiées

Parmi les mesures discutées, celle qui consiste à interdire la consommation d'alcool sur la voie publique et dans les espaces publics. Le Conseil d'État se demande quels sont les espaces publics visés, «des parkings privés accessibles au public tels que, par exemple, les parkings couverts ou

non couverts auprès des surfaces commerciales?». Si tel est le cas, il faudrait préciser les «lieux accessibles au public».

Le Conseil d'État note que déjà actuellement les restaurants et cafés ne peuvent accueillir de clients sur place et que les rassemblements en plein air sont hyper-encadrés. Le Conseil d'État se demande dès lors «si la modification envisagée est nécessaire aux fins de la sauvegarde de la santé publique».

Autre interrogation, celle portant sur la cohérence alors que le texte prévoit de différencier des rassemblements en plein air autorisés jusqu'à quatre personnes et les activités sportives et récréatives limitées à deux personnes.

D'une manière générale, la Haute Corporation admet un durcissement des mesures non seulement à cause du nombre élevé de personnes atteintes et traitées déjà actuellement en milieu hospitalier, mais aussi à cause du risque non négligeable d'une augmentation sensible des infections en raison des jours de fêtes.

Mais il y a aussi l'absentéisme des médecins et du personnel hospitalier, qui est en augmentation. Mise en quarantaine, isolement, congé de maladie, congé pour raisons familiales ou tout simplement une forme d'épuisement professionnel ou de burn-out sont à l'origine de ce fléau.

Le Conseil d'État note dans son avis que les auteurs du projet de loi «se sont basés sur des données objectivement justifiées pour prendre les mesures proposées».

Couvre-Feu géif virun allem déi schwächste Leit treffen

RTL|Update: 23.12.2020 19:41

© *RTL Archiv*

Da géife sech eng ganz Partie Froen dozou stellen, dass Donnéeë vu Leit, déi geimpft ginn, ganzer 20 Joer laang solle gespäichert ginn.

D'Mënscherechtskommissioun stéiert sech um Couvre-Feu, dee jo schonn um 21 Auer owes soll ufänken. Dës Mesure géif nämlech virun allem déi Leit treffen, déi am schwächste gestallt sinn. Ausserdeem géif et keng wëssenschaftlech oder medezinesch Donnéeën, déi dës Mesure géife rechtfäerdeg.

Da stelle sech fir d'Mënscherechtskommissioun eng ganz Partie Froen dozou, dass Donnéeë vu Leit, déi geimpft ginn, ganzer 20 Joer laang solle gespäichert ginn, ier dës anonymiséiert ginn.

Ausserdeem fuerdere si, dass d'Regierung d'Lëscht vun essentiellen an net-essentielle Produite weider präziséiert. Och wann een net all Situatioun kéint virausgesinn, misst een awer eng gewësse Flexibilitéit behalen, fir onfair Situatiounen z'evitéieren.

Source: [RTL - Mënscherechtskommissioun: Couvre-Feu géif virun allem déi schwächste Leit treffen](#)

Le père Bettel est une ordure (autoritaire)

Von [Luc Caregari](#) | [2020-12-25](#) | [Politik](#)

Le nouveau paquet de mesures décidé juste avant le réveillon révèle les tendances autoritaires du gouvernement dans sa guerre contre la pandémie.



(©chd_flickr)

Après un réveillon pas comme les autres, où il y avait pourtant pour une fois de très bonnes excuses de ne pas inviter vos oncles, tantes, pépés ou mémés racistes ou ésotériques, il faudra donc s'accommoder d'un nouveau durcissement des règles qui gèrent le quotidien. Et cela alors que la tendance des nouvelles infections est à la baisse.

Ce n'est pas pour rien qu'à la Chambre des député-e-s le gouvernement et sa majorité ont dû se faire reprocher plus d'une fois que ces mesures arriveraient trop tard et seraient excessives. Mais surtout, elles trahissent un revirement vers un régime bien plus autoritaire. Quelques preuves : le redoublement des amendes en cas de non-respect des règles sanitaires, l'interdiction de consommation d'alcool sur la voie publique, le confinement total des lieux culturels, les règles plus sévères pour les rassemblements en privé et l'allongement du couvre-feu. Certes, le « paragraphe délation » que le gouvernement voulait faire passer et qui aurait forcé fonctionnaires et employé-e-s de l'État à dénoncer toute contravention aux règles sanitaires, nonobstant leur secret professionnel éventuel, a été enlevé suite à une vague de protestations. Mais le fait que ce paragraphe ait été introduit dans le projet de loi, on ne sait toujours pas par qui, peut être vu comme un ballon d'essai. En tout cas, c'est le contraire de ce que le premier ministre prétendait toujours, que lui, le libéral, ne souhaitait pas vivre dans une société où tout le monde s'épie et se dénonce.

Ce qui frappe, c'est l'absence de proportionnalité et de base scientifique pour ces mesures. Pour le couvre-feu, aucune étude sérieuse ne prouve son efficacité, et pourtant le gouvernement a fait pression pour alourdir encore cette mesure liberticide – et mise en question par tous les avis récoltés in extremis pour ce projet de loi. Ou encore l'interdiction d'alcool : juste parce que des bobos de la capitale se sont complus à organiser des tournées de vin chaud, tout le monde sera puni. Où est la proportionnalité pour les personnes vulnérables, sans domicile fixe et souvent alcooliques qui ne pourront pas se tenir à cette règle sans devenir malades, s'est demandé par exemple la Commission

consultative des droits de l'homme ? Surtout que les amendes pour ces personnes seront donc aussi doublées...

Et dans tout ce catalogue répressif, il y en a toujours qui peuvent se réjouir de la clémence gouvernementale, comme l'Église catholique. Au contraire des lieux culturels, les cultes peuvent continuer à officier, ce qui a conduit l'évêque auxiliaire Leo Wagener à une sortie remarquable. Sur les ondes de la radio publique, celui-ci a prétendu que « la religion était un droit fondamental, le théâtre non ». Non seulement ce n'est pas vrai, les droits culturels existent – et c'est la déclaration universelle des droits de l'homme qui le dit à son article 27 –, mais ce qui est choquant, c'est de voir un gouvernement sans CSV donner autant de poids à une institution dont il s'est pourtant séparé en grande pompe. Bref, peut-être que cette nouvelle religiosité a pesé dans le nouveau zigzag des conservateurs qui – après avoir voté plusieurs fois contre par le passé – ont voté avec la majorité cette fois.

Source: [Le père Bettel est une ordure \(autoritaire\) – woxx](#)